

# MEINE ZIELE FÜR ST. INGBERT

## SVEN MEIER - OBERBÜRGERMEISTERKANDIDAT

### **St. Ingbert - Modern**

Für mich gilt es unter Wahrung der Tradition und der kulturellen Errungenschaften, St. Ingbert zu einer modernen Stadt zu führen und das weiter zu entwickeln, was unter den Zeiten von Dr. Winfried Brandenburg das positive Image unserer Stadt ausmachte.

Der von der SPD angestoßene Strukturwandel führt dazu, dass St. Ingbert zukunftsfähig ist. Wir müssen in St. Ingbert Flächen schaffen für moderne Industrie- und Gewerbebetriebe, für neue Dienstleistungen, die auf Qualität und Innovation setzen und gute Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Jungen Menschen muss eine Zukunftschance in St. Ingbert gegeben werden. Das kann man hier auf dem Drahtwerk Nord-Areal sehen, ebenso im Bereich Kleber oder im Bereich Diedesbühl zwischen Rohrbach und Hassel. So wird es wichtig sein, in den nächsten Jahren Standorte in der Stadt für Industrie und Gewerbe weiterzuentwickeln, weitere Flächen anzubieten, damit unser Branchenmix stabil bleibt und damit für expandierende St. Ingberter Unternehmen zügig Möglichkeiten geschaffen werden. Einer Abwanderung, auch nur von Teilen, von seit Jahrzehnten in St. Ingbert ansässigen erfolgreichen und wichtigen Betrieben muss ein Oberbürgermeister unserer Stadt rechtzeitig und mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegenwirken.

Dazu gehört es auch, klar und deutlich Farbe zu bekennen für die Entwicklung von gewerblichen Flächen mit industrieller Nutzung, so dass es unter Berücksichtigung von Anwohnerinteressen zügig zu einer Entscheidung kommt.

Ich bin froh, dass sich die Mehrheitskoalition im Stadtrat schließlich dazu durchgerungen hat, der industriellen Weiterentwicklung des Bereichs Kleber Nord zuzustimmen, nachdem der Ortsvorsteher von St. Ingbert zuvor eine weitere gewerbliche Nutzung von Kleber Nord in einer öffentlichen Bürgerinformationsveranstaltung gänzlich in Frage gestellt hat.

Als Oberbürgermeister werde ich verlässlicher Partner sein für die St. Ingberter Unternehmen, für die Wirtschaft insgesamt, damit der Wirtschaftsstandort St. Ingbert weiterhin mit seiner Infrastruktur, seinen Flächen und mit seiner gut ausgebildeten Arbeitnehmerschaft nach außen werben kann.

Parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung mit neuen qualitativen Arbeits- und Ausbildungsplätzen ist es aber auch erforderlich, den Beschäftigten die Möglichkeit zu geben, in St. Ingbert zu wohnen und hier ihre Zukunft zu sehen. Es muss dafür gesorgt werden, dass junge Menschen gar nicht erst abwandern und deswegen halte ich es für notwendig, mit neuen Wohnbauflächen in allen Stadtteilen voran zu kommen, um entsprechend der Nachfrage Mietwohnungsbau und bezahlbaren Wohnraum anzubieten.

Dass St. Ingbert ein attraktiver Wohnstandort ist, zeigt das Interesse vieler verschiedener Investoren an den Entwicklungsflächen, über die in den letzten Monaten viel gesprochen wurde, etwa für den Bereich der ehemaligen WVD-Druckerei zwischen Kohlenstraße und Poststraße, oder für den Bereich der Stadtgärtnerei zwischen Prälat-Eckhard-Straße und Neunkircher Weg, oder für das realisierte Wohnbauprojekt in der Schnapphahner Dell. Hierzu ist erforderlich, dass diese und weitere Standorte in allen Stadtteilen vorausschauend und angepasst entwickelt werden, frühzeitig kommuniziert werden mit den politischen städtischen Gremien und nicht zuletzt mit betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

Nicht zu akzeptieren ist aber auch, wenn der Ortsvorsteher von St. Ingbert es für erforderlich hält, Bürgerinnen und Bürger gegen Wohnungsbau aufzuhetzen, als handele es sich um eine Ansiedlung von Wackersdorf – oder heute würde man sagen vom Braunkohlentagebau - und somit hier jegliche städtebauliche Entwicklung zum Stillstand bringt.

Durch die langjährige und hartnäckige Forderung der SPD nach Entwicklung eines gemischten Wohnquartiers im Bereich der ehemaligen Stadtgärtnerei kann vielleicht dieses Jahr noch mit ersten Planungen begonnen werden.

Ich halte es für eine der wichtigsten Aufgaben des St. Ingberter Oberbürgermeisters, neben der Reaktivierung des Altbaubestands in den nächsten Jahr maßvolle und gute Wohnbauprojekte in allen Stadtteilen zu entwickeln und in einer angepassten Art und Weise kleinteilig voranzutreiben.

Gerade als Stadt in der Biosphärenregion Bliesgau muss es unser Anspruch sein, moderne Wohn- und Gewerbeflächen zukunftsfähig und umweltverträglich zu entwickeln, um somit dem nachhaltigen Gedanken der Biosphäre Rechnung zu tragen.

Dazu gehört, dass die Untere Bauaufsichtsbehörde weiter in der Stadt St. Ingbert zu belassen. Dies ist erforderlich für eine gute Stadtentwicklung, für zügige und bürgernahe Entscheidungen bei den anstehenden Bauprojekten. Nicht zuletzt ist eine eigene Bauaufsichtsbehörde ein Instrument der Wirtschaftsförderung.

Der Bildungsstandort St. Ingbert ist ausgestattet mit vielen guten Schulen in allen Bereichen, die eine große Palette an Schulabschlüssen abdecken. Dennoch fehlt einiges. So ist es mein Ziel, eine Gebundene Ganztags-Grundschule in St. Ingbert anzubieten. Wir sehen mit der gebundenen Ganztags-Gemeinschaftsschule in Rohrbach ein gutes Beispiel, wie es gelingen kann, dass die Talente der Kinder gefördert werden und für alle Schülerinnen und Schüler die Chance besteht, einen erfolgreichen guten Schulabschluss zu machen.

Die SPD Stadtratsfraktion ist froh, dass wir es im Stadtrat geschafft haben, für die beiden Schulstandorte Ludwigschule und Rischbachschule ein langfristiges Sanierungskonzept aufzustellen.

Ziel muss es sein, zukunftsfähige Schulstandorte mit weiteren Bildungsangeboten zu entwickeln. Ich könnte mir gut vorstellen, eine weitere Grundschule, dann als gebundene Ganztags-Grundschule, an der sanierten Ludwigschule zu etablieren, an einem für viele gut erreichbaren innenstadtnahen Standort. Die SPD wird sich weiterhin für die Einrichtung einer Ganztags-Grundschule einsetzen. Diesen

erfolgreichen Weg müssen wir weitergehen, um den Bildungsstandort St. Ingbert zu sichern und auszubauen.

Zu einem attraktiven Bildungsstandort gehören auch außerschulische Angebote. So haben Mitglieder der SPD in der Initiative Alte Schmelz und im MINT-Verein von Anfang an den MINT-Campus auf der Alten Schmelz mit vorangetrieben mit dem Ziel einer sinnvollen Verbindung von modernen Techniken mit der industriekulturellen Geschichte der Alten Schmelz.

In diesem speziellen Ambiente sollen nicht nur Bildungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche im Schülerforschungs- und -technikzentrum, sondern darüber hinaus auch Anregungen für Bastelinteressierte und handwerklich begabte junge Menschen angeboten werden.

Das auf dem MINT-Campus zum Schülerforschungs- und -technikzentrum umgebaute ehemalige Drahtwerk-Laborgebäude bietet die Chance für eine langfristige Bleibe für die Angebote des Netzwerks Begabungsförderung Saar in St. Ingbert statt der derzeitigen vorübergehenden Unterbringung in der Grundschule am Eisenberg.

Um das überregional bedeutsame Ensemble Alte Schmelz mit den Wohngebäuden der Wohnungsbaugenossenschaft, weiteren Technik- und Verwaltungsgebäuden, mit der Industriekathedrale und dem Eventhaus tragfähig weiterzuentwickeln, muss sich der Oberbürgermeister unserer Stadt dafür einsetzen, dass sich das Land bei diesem bedeutsamen und einmaligen Projekt einbringt. Ich werde dies für St. Ingbert tun.

Ein Engagement des Saarlandes – wie auch an anderen Standorten der Industriekultur im Saarland und entsprechend der überregionalen Bedeutung dieses Stadtquartiers Alte Schmelz - würde zu einer finanziellen und personellen Entlastung der Stadt führen.

Das Land kann dabei behilflich sein, den Nutzungsmix von Wohnen, Veranstaltungen, MINT-Campus und Gewerbe qualitativ städtebaulich zu steuern. Ich möchte dabei den Vorschlag aufgreifen, durch ein Stiftungsmodell mit Land, Saarpfalz-Kreis und Stadt gemeinsam diesen Standort in eine gute Zukunft zu führen. Für die Hallen auf der Alten Schmelz wurde trotz mehrmaliger Aufforderung der SPD Stadtratsfraktion bisher kein Konzept vom Oberbürgermeister vorgelegt.

Die neuen Entwicklungen im Bereich der Unterstadt von St. Ingbert durch das Dienstleistungs- und Wohngebäude in der Poststraße oder durch das von der SPD vorgeschlagene Familienhilfezentrum des Saarpfalz-Kreises in der Spitalstraße tragen zu einer Wiederbelebung der Stadt bei, zur Schaffung von Arbeitsplätzen und können einen positiven Effekt für Handel und Gewerbe in der Innenstadt auslösen.

Und durch die Entwicklung der Baumwollspinnerei zu einem attraktiven vielfältigen Kultur- und Bildungszentrum böte sich die Chance für die Stadt, wieder unserem Ruf der heimlichen Kulturhauptstadt des Saarlandes gerecht zu werden.

Die Verwaltungsspitze einen großen Anteil an dieser Zeitverzögerung zu tragen. Statt jahrelanger teurer und vergeblicher Mediationsversuche wäre es erforderlich gewesen, frühzeitig mit konsequenten Fristsetzungen Fertigstellungsergebnisse zu erzielen.

Der jetzige Oberbürgermeister, der sich selbst gerne als Tausendsassa sieht, hatte jetzt sechs Jahre lang Zeit, die Baumwollspinnerei zu einem erfolgreichen Abschluss zu führen. Erst durch Druck der SPD Stadtratsfraktion, insbesondere durch das

Fraktionsmitglied Ellen Straßberger, wird jetzt versucht, die Zusammenarbeit mit dem Bauherrn auf klare Füße zu stellen und dafür zu sorgen, dass es zu einer überschaubaren Zeit der Realisierung dieses Projekts kommen kann.

Aber auch in den Stadtteilen brauchen wir eine attraktive Vielfalt. Unsere Stadtteile sind mehr als ein Anhängsel an St. Ingbert. Rohrbach, Hassel, Oberwürzbach und Rentrish sind selbstbewusste Orte. Auch dort gilt es, Angebote zu fördern, die Arbeiten, Einkaufen, Freizeit und kulturelle Begegnungen ermöglichen.

## **St. Ingbert – Sichere Stadt**

Neben der Frage eines guten Arbeits-, Wohn-, Bildungs- und Kulturstandorts drängt sich bei vielen gerade in letzter Zeit die Frage nach einer sicheren Stadt auf. Es hat sich bei einigen Menschen ein Gefühl der Unsicherheit breit gemacht, etwa wenn sie Plätze und Grünanlagen in St. Ingbert besuchen. Dieses subjektive Sicherheitsgefühl wird dann auch noch völlig unverantwortlich in den sogenannten sozialen Netzwerken befeuert.

Zu einer sicheren Stadt gehört es, diesen Entwicklungen klar entgegen zu treten. Populistische Stimmungsmache leistet keinen einzigen Beitrag in die Richtung sichere Stadt.

Bedanken möchte ich mich aber an dieser Stelle ausdrücklich bei der SPD Landtagsfraktion für ihren Einsatz zum Erhalt der Polizeiinspektion St. Ingbert, die weiterhin rund um die Uhr besetzt sein wird. Und wir sollten daran arbeiten, dass zusätzliche polizeiliche Aufgaben in der Inspektion in der Kaiserstraße angesiedelt werden. Dies ist ein Beitrag zu mehr sozialer Sicherheit für die Menschen.

Es ist erforderlich, einen Blick auf sogenannte „Angsträume“ zu werfen, also schwer einsehbare und dunkle Straßen, Wege, Plätze und Grünanlagen, in denen durch eine gute Beleuchtung, wie zum Beispiel hoffentlich bald in der Gustav-Clauss-Anlage, für eine bessere Sicherheit gesorgt werden kann.

Ich will mich dafür einsetzen, dass der Ingo-Bus abends länger fährt und an den Wochenenden ein ausreichender Taktverkehr angeboten wird. So können wir in der Biosphäre unser Busangebot weiter ausbauen und damit die Möglichkeit bieten, mit umweltfreundlichen Verkehrsmitteln in St. Ingbert alle wichtigen Orte und Veranstaltungen zu erreichen.

Wie Ihr aus vielen Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern wohl selber wisst, muss in bestimmten Bereichen der Stadt, was Sauberkeit und Pflege anbetrifft, besonders hingeschaut und nachjustiert werden, insbesondere dann, wenn Feste und Sonderveranstaltungen viele Gäste aus nah und fern nach St. Ingbert und seine Stadtteile locken sollen.

Soziale Sicherheit bedeutet aber auch eine verantwortungsvolle Betreuung, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge. So hat die SPD Stadtratsfraktion schon sehr frühzeitig darauf gedrängt, dass die Flüchtlingssituation dazu genutzt wird, in städtische Wohnungen zu investieren, die allen Bedürftigen zur Verfügung stehen, zumal es gelungen ist, einen Großteil der zugewanderten Menschen in

privaten Wohnungen in St. Ingbert unterzubringen. Darüber hinaus war es uns von Anfang an wichtig, dass durch die Bereitstellung von städtischem Personal eine vorbildliche Betreuung der Flüchtlinge organisiert werden konnte. Zusammen mit einer Vielzahl ehrenamtlich aktiver St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger konnte so bisher ein gutes Klima der Sicherheit erzeugt werden.

Wichtige stadtentwicklungspolitische Projekte im Bereich des Wohnungsbaus und in der Verkehrsplanung mögen zwar durch die Arbeit und die Bewältigung der Flüchtlingssituation etwas behindert worden sein. Seitdem eine gut funktionierende Stabsstelle eingerichtet ist, hätte zügig in solche Projekte investiert und diese gesteuert werden müssen. Da ist eine langjährige Hängepartie wie beim Fahrstuhl in der Stadthalle nur ein Beispiel einer unzulänglichen Steuerung der Stadtverwaltung. Kurz gesagt: Mit Facebook spielen, kann man keine Stadt regieren.

Sicher bedeutet aber auch, dass St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger in schwierigen Lagen sich darauf verlassen können, dass ihnen schnell und zuverlässig geholfen werden kann durch eine gut ausgestattete Freiwillige Feuerwehr und durch andere Hilfsorganisationen.

Ich halte es deshalb für außerordentlich wichtig, dass vor Ort ein attraktives gutes Kreiskrankenhaus weiterhin vorhanden ist. Von Seiten der Stadt St. Ingbert sollten wir alles unternehmen, damit das Krankenhaus seine Ausbaupläne im Gesundheitspark umsetzen kann. So kann das Kreiskrankenhaus am Standort langfristig gesichert werden für eine qualitätsvolle und gute Gesundheitsversorgung.

Zu einer sicheren Stadt gehört nicht zuletzt ein geordneter städtischer Haushalt. Für eine Stadt wie St. Ingbert, die seit Jahren, wie es Winfried Brandenburg als Oberbürgermeister vorgemacht hat, sparsam wirtschaftet und bisher ohne Kassenkredite auskommt, darf der aktuell beschlossene Saarlandpakt nicht zu Lasten der St. Ingberter Bürgerinnen und Bürger gehen. Ich gehe davon aus, dass der Saarlandpakt - eine Kombination aus Kassenkreditentlastung und Investitionsförderung - das sparsame Haushalten der Stadt St. Ingbert angemessen belohnt.

## ***St. Ingbert – Soziale Stadt***

Zu einer fortschrittlichen Bürgergesellschaft, die weiterhin sicher in einem sozialen und demokratischen Rechtsstaat leben möchte, gehört, sich immer wieder der demokratischen Errungenschaften zu vergewissern. Umso mehr freut es mich, dass in St. Ingbert durch eine entsprechende Erinnerungsarbeit Sozialdemokraten geehrt werden, die in brutalen Zeiten der Nazi-Herrschaft für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eingetreten sind.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zusammen, um weiter für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität zu kämpfen! Denn eine moderne, sichere Stadt St. Ingbert ist nichts ohne eine soziale Teilhabe aller!

Ich will, dass sich auch die Bürgerinnen und Bürger ein Leben in St. Ingbert leisten können, denen es finanziell nicht so gut geht.

So wurde in den letzten Monaten in St. Ingbert sehr intensiv darüber diskutiert, wie bezahlbarer Wohnraum geschaffen wird, insbesondere für junge Familien, für ältere Menschen, aber auch für Studierende. Ich werde es weiter verfolgen, dass auf dem ehemaligen WVD-Gelände und im Bereich der Stadtgärtnerei die Chance genutzt wird, gemischte Stadtquartiere zu schaffen, in dem wir dann eine gewisse Quote festlegen für Sozialen Wohnungsbau. Ich bin froh darüber, dass sowohl auf Landesebene als auch auf Bundesebene von Seiten der SPD intensiv die Möglichkeit geschaffen wird, Fördermittel zur Realisierung von bezahlbarem Wohnraum zu bekommen. Umso wichtiger wird es sein, hier rechtzeitig Projekte auf den Weg zu bringen.

Zu einer sozialen Stadt gehört natürlich auch das Angebot von gebührenfreien Kitas. Es ist notwendig, dass die Stadt rechtzeitig und zügig die durch das Gute-Kita-Gesetz von Bundesministerin Giffey vorgesehene Finanzierung, und auch die von Seiten der SPD durchgesetzte finanzielle Entlastung der Eltern durch den aktuellen Saarlandpakt für den vorschulischen Bereich umsetzt. Und dies nicht nur, um bei wachsendem Bedarf eine ausreichende Anzahl von Krippen- und Kindergartenplätzen zu schaffen, sondern auch um die Qualität der Betreuungsangebote weiter zu steigern.

Mit Blick auf das Kommunalwahlprogramm der SPD aus dem Jahr 2014 ist festzuhalten: Die dort geforderte Erweiterung des städtischen Betreuungsangebots der Kindertagesstätten in Rohrbach, Oberwürzbach und Rentrish konnte zwischenzeitlich angegangen werden. Wir werden die schon im damaligen Wahlprogramm formulierte Nutzung der Schillerschule als Kindertagesstätte weiter intensiv verfolgen.

Mit Blick auf den modernen Arbeitsalltag sind weitere Betreuungsplätze mit flexiblen Öffnungszeiten in St. Ingbert erforderlich. Seit vielen Jahren fordert die SPD-Stadtratsfraktion hier mit Nachdruck und mit Hinweisen auf gelungene Vorbilder an anderen saarländischen Orten eine Verbesserung ein.

Für St. Ingbert, die wirtschaftsstärkste Stadt des Saarlandes, muss es Verpflichtung sein, dafür zu sorgen, dass Dinge der Daseinsvorsorge zu günstigen Gebühren für alle zur Verfügung stehen.

Die städtischen Einrichtungen wie Volkshochschule, Musikschule und Stadtbücherei und die kulturellen Veranstaltungen sind so anzubieten, dass alle daran teilnehmen können.

In der heutigen Zeit hat Vereinssport eine über die Vereinsinteressen hinausgehende soziale Bedeutung. Dieses vielfältige Vereinsleben in all seinen Facetten muss weiter gefördert werden und dementsprechend sind auch Infrastruktur und Räumlichkeiten dazu zur Verfügung zu stellen.